

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Leipzig,
Gaben & Comp. Nr. 2061.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bonifacius
Gehr. Reinhold, Dresden.

Aboabonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 6.00 M., unter Einschluß der Bringerlohn und der Versandkosten 9.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Berliner Platz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Exhibition: Berliner Platz 10, Tel. 25261.
Verkaufsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: bis 7 Tafelalte Kompare 99 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die überschreitende Anzeige 3 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Rabatt. Aufsätze sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 273

Dresden, Mittwoch den 26. November 1919

30. Jahrg.

Einigung oder Zusammenarbeit?

Die monarchistischen Herausforderungen der letzten Tage haben wieder die Einigungfrage zwischen den beiden Sozialdemokratischen Parteien in den Vordergrund gestellt. Auch in der Parteiopposition der Mehrheitssozialdemokratie wird über die Einigungslage lebhaft diskutiert. Der Vorwärts ist Artikel von Rautner, Reitze, Braun, Bocciardi, Ziller usw. über die Einigungsfrau gebracht. Die Parteiopposition betont allgemein die Wichtigkeit der Einigungsfrau, aber es werden auch die Schwierigkeiten hervorgehoben, die heute eine Einigung entgegenstehen. Ein großer Teil der Arbeiterchaft ist schon längst des Streites überdrüssig und möchte nichts sehnlicher, als daß recht bald wieder eine einzige Sozialdemokratische Partei auftrete könne. Es wäre ein unendlicher Vorteil für die gesamte Arbeiterschaft, wenn dieses Ziel auch wirklich erreicht werden könnte.

Über über dem Wunsche nach einer sozialistischen Einheitsfront dürfen wir uns doch keinen Täufungen darüber hinsetzen, daß die Wirklichkeit dem Zustandekommen einer Einigung große Hemmnisse entgegenstellt. Da muß zunächst die bedeutendste Fassade konstruiert werden, daß bei dem stolzen Teil der Unabhängigen Partei die Regierung, den Prudenzgeist zu beenden, nicht übermäßig groß zu sein scheint. Wie unseres Deßers bekannt ist, haben es sich die unabhängigen Redner am vergangenen Sonntag nicht versprochen, die mehrheitssozialdemokratische Partei einzugehen, während unsre Freunde sich jeder Angreife nach links entziehen. Die Unabhängigen mobilisieren dieses Verhalten mit der Erklärung, sie müßten die Wehrheit aussprechen. Sie sind unfähig dazu, sich damit abzufinden, daß sie und wir über die richtigen Wege zum Sozialismus verjedelten Meinung sind. Wenn wir uns an die ewige Wehrhaftigkeit unserer Wahrheit festklammern wollten, so hätten wir uns Sonntag ein ellenlanges Sündenkonto der Rücksichtlosen aufstellen müssen.

Auch in den Berliner Verhandlungen haben die Unabhängigen über dem Trennenden das Einigende vergessen. So hat Lebedowt ausgeschafft, was die Ober und Scheidemann in die Einigung hinzunageln versuchten, wie am 9. November in der Revolution, so müßte sie ihre Partei zum Tiefpunkt bringen. Die Mehrheitssozialisten sollten sich von diesen überzeugen, ein Burenfeuer! Zersetzen!, dann könnte man mit ihnen verhandeln. Diese Herren sind also für die Einigung offenbar nur unter der Bedingung, daß die Mehrheitssozialisten sich der unabhängigen Führerschaft wider verschlossen wüßen. In der Unabhängigen Partei hofft man in den nächsten Wochen einen Zuspruch an Stimmen und Mandaten auf Kosten der Mehrheitssozialisten zu erhalten, und daher ist dort der Einigungsbeider nicht übermäßig stark. Tats. wenn auch die Unabhängigen bei den nächsten Wahlen die Erfolge der bekannten Kritiker erzielen würden, der Einfluß des Sozialismus im ganzen bedeutsam geschwächt werden könnte, scheint gewissen Leuten ein allzu großes Kopzerbrechen zu verurteilen.

Eine Einigung zwischen der U. S. S. und der Mehrheitssozialdemokratie hat unseres Erachtens nur dann einen Sinn, wenn es gelingt, für beide Teile die Mittellinie eines gemeinsamen Programms und gemeinsame Wahlkästen des politischen Handelns zu finden, die dann für die Politik der Partei maßgebend wären. Eine rein äußerliche Einigung, die nur dazu führen würde, daß die Angehörigen beider Flügel von der gleichen Organisation umfaßt werden, hätte nicht viel Sinn. Was würde uns die Einigung nutzen, wenn bei jeder neuen politischen Frage ein wütender Kampf innerhalb der Partei zwischen den beiden Richtungen eintrete? Die Partei könnte dadurch sehr leicht politisch aktionsunfähig werden, und dadurch würde unsre sozialistische Sache noch mehr leiden als jetzt.

Der Streit zwischen der mehrheitssozialistischen und der Unabhängigen Partei spielt im Grunde genommen einen Kampf fort, der schon früher in der Sozialdemokratie geführt wurde. Der Gegengang zwischen den beiden Richtungen läßt sich nur sehr schwer auf eine Formel bringen. Es handelt sich hier weniger um bestimmte Programmpunkte, über die Meinungsverschiedenheiten herrschen, sondern wir haben es hier mit zwei verschiedenen geistigen und politischen Strömungen zu tun, deren Besonderheiten immer wieder zum Ausdruck kommen, wenn eine bestimmte politische Sache zu lösen ist. Die eine Richtung, wie sie unsre Partei vertritt, ist mehr darauf eingestellt, praktische Politik zu treiben. Sie will nötigenfalls auch durch den Abstand von kommunistischen politischen Parteien das Problem lösen. Die andere, linksradikale Richtung bringt nun bei leichter mehr Wert darauf gelegt, unsre sozialistischen Empfindungen bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen. Die

„reine Rose“ sollte gewahrt werden. Zur Absehung von Auseinandersetzungen, in der Ausnahme von Gelehrtenvorlagen, bei denen neben Fortschritten auch Nachteile mit in Kauf genommen werden müssen, daß die dogmatische Richtung eine Verdunklung und Verwirrung unseres sozialistischen Standpunktes. Die erste praktischere Richtung geht auch in der Politik mit dem Vor- und Nachteil wogenden Richtung. Etwa so ist vor, die andre meist mit dem Gefühl, wobei es hier natürlich oft leichter ist, diejenigen zu gewinnen. Die Schlagwörter und Gefühlsausdrücke oft leichter anzunehmen sind, als lädt schwierige Erwiderungen. Daher heißt es auch der selbst von Unabhängigem wie Strobel, Reitze, Schmidt gezeichneten Partei ein einfaches Einfallsbuch in der Linksradikalen Politik!

Das Zusammenarbeiten beider Gruppen in einer Partei war, wenn auch unter fortwährenden Rücksichten, doch immer noch verhältnismäßig leicht durchzuführen, solange die Partei in einer so klaren Opposition gegen die Regierung stand wie vor dem Kriege. Waren doch praktischer politischer Wirklichkeit der Sozialdemokratie durch unsere freudigen sozialdemokratischen Verhältnisse nur zu enge Grenzen gestellt. Die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit sind natürlich unendlich viel größer in einer Zeit wie der heutigen, da wie ein parlamentarisches Regierungssystem haben und die praktische politische Tätigkeit der Partei eine noch viel größere Bedeutung hat. Neben diesem allgemeinen Gespann bestehen aber für die Einigung allerlei Hindernisse in den durch die Revolution geborenen neuen Bedingungen wie in der gespannten Stellung, die jetzt der Sozialismus zu bestimmten Eingebungen einnimmt.

Es ist zunächst die Frage: Demokratie oder Diktatur? Ein sehr großer Teil der Unabhängigen Partei steht bisher noch entschieden auf dem Standpunkt der Diktatur, ein anderer Teil auf dem der Demokratie, während in der Partei unter allen Umständen an der Demokratie festzuhalten will, sofern uns die Gewerke nicht durch Gewaltkreide an einer Rückeroberung des P. Robespierre zwingen. Mit den Berücksigungen, die für die Einigung gemacht wurden, ist unter anderem auch verlangt worden, daß der Belagerungszustand aufzuheben sei. Mit der Erfüllung dieser Forderung kann sich selbstverständlich die ganze Sozialdemokratische Partei einverstanden erklären. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist überhaupt nur noch die Frage ferner Zeit, da ist im großen und ganzen überall in Deutschland die öffentliche Sicherheit wieder hergestellt ist. Die Unabhängigen würden ihrer Forderung allerdings nur bestimmt dienen, wenn sie den sozialistischen Gewaltbereitschaften nicht nur in der Theorie, sondern

auch in der Praxis energetisch obhalten würden. Sie sich bisher im Grunde an den Schleppenträgern der Linksradikalen machen.

Damit würden sich auch die militärischen Fragen und das Reichsmarshäuptproblem vereinfachen, das wir im nächsten Artikel behandeln werden.

Deutschland der Prüfungsknabe

Paris, 22. Nov. (dpa). Die La Presse de Paris meldet, bringt die gestern abend Herrn v. Gerzner übergebene Note das lebhafte Erstaunen des Kabinetts Rates über die Abreise des Ministerialdelegats v. Simon und seiner Mission zum Ausdruck. Die Note besagt weiter: Wenn der Vertrag von Versailles am 1. Dezember ausgefertigt werden könnte, so falle die Verantwortung dafür der deutschen Regierung zu, da die Abreise Simonas die Verhandlungen bezüglich des Vertrages unterbricht. Die Note schließt mit der Frage an Herrn v. Gerzner, welcher Art die Absichten des Berliner Kabinetts seien.

Das Blatt vermutet weiter, daß die Art, die Rumänien für die Stellungnahme zur letzten Resolution des Kabinetts Rates befürwortet, gestern abend abgelehnt und daß der erste rumänische Delegat General Ganda in Paris eingesessen sei. Man nehme an, daß er eine befriedigende Lösung herbeizählen werde.

Besserung in Wien?

Hier in Oderberg von den Eschenbach angeblich wegen Lokomotivmangels festgehaltene Kohlenzüge von je 20 Wagen, die den Bedarf der Elektrizitätswerke für acht Tage decken, sind im Auszoll. Mit der Auflösung der Stromperre an Fabriken kann von Montag an gerechnet werden. 10000 Tonnen Kohle sind aus Bamberg in Regensburg angekarrt und zum Teil auf Donauhäfen verladen. — Gerner ist das in Gibraltar durch Einsatz festgehaltene Schiff mit 41000 Tonnen eisiger kalischer Gesteins in Erfurt angekarrt. Wenn die im Überhang schwimmenden Südbahnen es gestatten, kann der Transport losgehen; sobald nach die wienfeindlichen und selbst ungern den Alpenländer belästigen und wieviel gestohlen wird, ist eine weitere Frage. — Die Aufzubringen sind aber nicht unzählig, den normalen Verpflegungsdienst in den kommenden Wochen zu erledigen.

Der interpellationale „deutsch-österreichische Aufschluß“ der Nationalversammlung hat gestern Dienstag, vormittag unter dem Vorsitz Schreyer und in Anwesenheit des Gesandten Hartmann über unsre Position beraten. Der Deutsche Städtebund will gleichfalls zur Hilfe eintreten.

Grundlose Unternehmerfurcht

Die Verabsiedlung des Gesetzes über die Betriebsräte hat zu langwierigen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien Anlaß gegeben, und dabei trat in den letzten Tagen eine leidliche Anspannung ein. Der Kampf dreht sich um die Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften und um das Recht ihrer Vertreter, in die Bilanz Einsicht zu nehmen. Väter oder Hindernisse sind die Demokraten, die sich gegen das Eindringen der Betriebsräte in die Aufsichtsräte und gegen ihr Recht, in die Bilanz Einsicht zu nehmen, hartnäckig sträuben und so tun, als ob durch die Annahme dieser Forderung die ganze Industrie in Gefahr geriete.

Der Witz der Weltgeschichte ist dabei der, daß der Gedanke, der im Betriebsrätegesetz verwirklicht werden soll, von Haus aus gar kein sozialistischer, sondern ein liberaler ist. In der Zeit, in der die Erörterungen der sozialen Frage noch in der holden Sphäre der Theorie lebten, waren es liberale Vorreiter, die dem sozialistischen Gedanken des Vergeßlichkeit die liberale Idee des sogenannten „Fayville-Konservatismus“ entgegengestellt. Diese sozialliberalen Vorreiter argumentierten so, daß zwar der Kapitalismus an sich nicht zu beseitigen sei, daß man aber den Absolutismus des Kapitalgebers schaffen könne durch ähnliche Einschränkungen wie jene, die im Staat zur Einschränkung der Macht des Staatschefs vorgenommen werden. Der eigentliche Vorreiter dieses Gedankens war der liberale Fabrikant Heinrich Fayville, der das konstitutionelle Kapitalismus in seinem Werk einführte und lebhaft für dieses Anhänger war.

Jetzt bringen sie die Demokraten den Wünschen der Unternehmer, der Vater dieser Würde oder ist die Angst, genau so wie die absolutistischen Staatsleiter der Vorzeit, glauben die kapitalistischen Vertreter der Regierung von einer Einschränkung ihrer Macht eine Schaden erwarten zu müssen. In Wirklichkeit aber handelt es sich bei ihnen um ganz anderes als um die Furcht vor dem Ungewissen und

die Unfähigkeit, sich auf die Veränderungen der neuen Zeit einzustellen.

Es wäre zweifellos eine Gewissenslast, wenn man die Einführung von Betriebsräten mit weiten Beihilfen forderte, ohne davon überzeugt zu sein, daß diese Einsicht in die Wirtschaft nicht jenseits, sondern inzwischen wird. Die Augen wird sich freilich erst in dem Maße heransetzen können, in dem die Betriebsräte in ihren Präsidenten eine Haltung werden, und da geben wir uns für die erste Zeit durchaus keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Es ist einfach sicherlich, wenn die Unternehmer von der Teilnahme der Betriebsräte an den Aufsichtsräten und von ihrem Recht, Einsicht in die Bilanz zu nehmen, irgendwelche feindselige Rücksichten für sich erwarten. Der Normalfall wird nämlich in der ersten Zeit der sein, daß es im Verleben der Unternehmer stehen wird, den Arbeitern blaue Tunte vorzumachen. Es erfordert besondere Fähigkeiten und ein gründliches Hinterarbeiten in die Materie, bevor die Arbeitgebervertreter wirtschaftlich standhaft sein werden, mitzurechnen.

Der Betriebsrat, die in gewissenhafter Arbeit die erforderlichen Fähigkeiten erworben haben, wird aber dem wirtschaftlichen Unternehmungen keine Gefahr drohen, sie werden wirtschaftliche Einsicht genug besitzen, um nicht Unwidliches zu fordern. Die Errichtung von Betriebsräten im Sinne des Gesetzentwurfes wird also, je mehr sie hier eintreten, desto mehr dazu dienen, die Arbeit von Forderungen abzuhalten, die für die Industrie wirtschaftlich unzinsbar sind. Wenn sie aber in diesem Stadium ihrer Entwicklung eine Schranke für eine grenzenlose Expansion bilden sollten, so kann das für wirtschaftliche Demokraten und „Sozialliberalen“ sein Grund sein, sie gegen die wichtigsten Bestrebungen des vorliegenden Wirtschaftsvertrages feindlich zu stellen.

Das Zentrum diplomatisch schaut wie immer, nimmt eine weniger unverständliche Stellung ein, es steht sich aber hinter die Demokraten und erklärt, daß das Eisen

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Wer zeichnet, spart und gewinnt!